

## Studienbogen 8: Die Stellung der Polizei

I. Geschichte: Eine eigene Gerichtspolizei (wie in Italien) ist im 19. Jahrhundert verschiedentlich eingerichtet worden, hat sich aber nicht bewährt. Die Polizei ist aber auch nicht die eigentliche Ermittlungsbehörde (wie in England), sondern der Staatsanwaltschaft als der Ermittlungsbehörde funktional zugeordnet:

1. Recht des ersten Zugriffs (§ 163) – in der Praxis herrscht aber eine weitgehende „Verpolizeilichung des Ermittlungsverfahrens“.
2. Ermittlungen auf Weisung der Staatsanwaltschaft (§ 161 Satz 2) mit Differenzierung zwischen Ermittlungspersonen der Staatsanwaltschaft (§ 152 GVG und Länder-Verordnungen: Kriminalbeamte und Polizeibeamte vom Hauptwachtmeister aufwärts) und anderen Polizeibeamten.
3. Weisungsrecht der Staatsanwaltschaft gilt aber nicht für den präventivpolizeilichen Bereich, bei doppelfunktionellen Handlungen entscheidet der Schwerpunkt (näher RiStBV Anlage A).

II. Die Polizei ressortiert beim Innenministerium und ist prinzipiell Ländersache, eine Bundespolizei mit eigenen Exekutivbefugnissen existiert vor allem in Gestalt des Bundeskriminalamtes (darüber eigenes BKA-Gesetz) sowie in der 1994 aus Bundesgrenzschutz und Bahnpolizei gebildeten, auch für Luftsicherheit u. a. zuständigen Bundespolizei.

III. Der Rechtsschutz gegen Akte der Polizei ist funktional zu bestimmen (BGH 28, 208; BVerwGE 47, 255) mit Unterscheidung nach präventivpolizeilicher oder strafprozessualer Tätigkeit (§ 40 VwGO bzw. § 98 II, 2 StPO analog)

IV. Ermächtigungsgrundlagen: Ermittlungsgeneralklausel der §§ 161, 163 StPO, sofern keine speziellen Ermächtigungsgrundlagen für Grundrechtseingriffe erforderlich sind. Grundsätzlich Transfer der präventivpolizeilich gewonnenen Erkenntnisse in den strafprozessualen Bereich (aber bei besonderen Eingriffsschwellen Grenze des „hypothetischen Ersatzeingriffs“ gem. § 161 II). Ermittlungspersonen haben bei Gefahr im Verzuge ähnliche Zwangsbefugnisse wie die StA.